

Glücklicher und erfolgreicher Studieren ... mit Zwangszugewiesenen Prüfenden

Am 30.04. beschloss das Direktorium des Instituts für Politikwissenschaft, dass aufgrund der Prüfungsbelastung der Professor_innen diese in Zukunft erst einmal nur noch je zehn Kandidat_innen für Abschlussprüfungen akzeptieren. Diese sollten sich über Ilias anmelden, die „Restlichen“ werden dann in einer Lotterie am 04.06 unter den Professor_innen aufgeteilt.

Bereits einen Monat nach dem Beschluss führt dieses Verfahren, auch wenn es vielen Studierenden überhaupt nicht bekannt ist, zu Chaos am Institut. Die Bekanntmachung dieser für die Studienplanung entscheidenden Vorgänge beschränkte sich auf einen Aushang an Heckers Büro. Verwirrung stiftet schon die Frage, ob die Regelung auch auf BA Studierende zutreffen soll, ein Punkt, in dem sich auch die Professor_innen uneins zu sein scheinen. Trotz der, euphemistisch ausgedrückt, mangelhaften Informationspolitik ist auf Ilias bereits ein digitales Durcheinander ausgebrochen, da einige sich bei ihren Wunschkandidat_innen anmeldeten, ohne vorher mit diesen gesprochen zu haben. Andere wiederum konnten sich nicht anmelden, obwohl sie bereits mündliche Zusagen von Professor_innen erhalten hatten.

Letztlich sind es allerdings nicht nur die (behebaren) Startschwierigkeiten des neuen Verfahrens, die kritisiert werden müssen. Aus der Begründung für das Vorhaben, welches eine scheinbar faire und proportionale Verteilung der Prüflinge auf die wenigen Professor_innen herstellen soll, wird deutlich, was Studierende tagtäglich zu spüren bekommen: An den Universitäten stehen nicht Eure Interessen, sondern die des Berufsstandes der Professor_innen im Vordergrund.* Dabei

haben die Professor_innen das „Recht“ auf ihrer Seite, welches lediglich einen Anspruch auf eine_n Prüfer_in festschreibt. Da diese zudem die offiziellen Themensteller_innen sind, gibt es formal wenig Spielraum gegen die Praxis der zwangsweisen Lotteriezuteilung der Studierenden vorzugehen. Dennoch führt diese Praxis für alle Betroffenen auf politischer, betreuungstechnischer und menschlicher Ebene zu weitreichenden Problemen.

An der Überlastung der Professor_innen des Instituts sind diese selbst nicht ganz unschuldig, stimmten sie doch erst im letzten Jahr mehrheitlich für die Streichung einer Professur (Internationale politische Ökonomie). Die u.a. dieser Stellenstreichung zugrunde liegende Unterfinanzierung der Universitäten und des FB 03 hat auf die Prüfungsbedingungen auch außerhalb der Institute gravierende Auswirkungen, z.B. im Prüfungsbüro. Insbesondere die Umstellung der Studiengänge auf BA/MA hat dazu geführt, dass dort immer mehr Aufgaben zu bewältigen sind. Die Überlastung macht die Situation für Mitarbeiter_innen und Studierende unerträglich.

Dennoch verweist das aktuelle Vorgehen des Instituts für Politikwissenschaft nicht nur auf die zugrunde liegenden strukturellen Ursachen, sondern auch auf das Talent, mit solchen auf möglichst dämliche Weise umzugehen.

Es ist nunmehr gestattet worden, dass Studierende bei der anstehenden Lotterierunde teilnehmen dürfen. Da dies nicht nur im Interesse jener sein dürfte, die sich in diesem Sommer zur Prüfung melden, freuen wir uns darauf, Euch am

**Mittwoch, den 04.06. um 11.00
Uhr in Raum G22**

zu sehen.

* Obwohl die Studierenden doch zu Kund_innen geworden sind.